

THOMAS HOPPE

Prävention statt „gerechtem Krieg“

In der Geschichte finden sich fatale Beispiele dafür, wie man Gewalt zu rechtfertigen suchte. Auch US-Präsident George Bush bezeichnete die Gewalt, die von den USA ausgeht, zunächst als einen Kreuzzug „gegen das Böse“. Dabei wäre vielmehr eine Politik der Gewaltprävention der richtige Weg, um sich die Frage nach einem gerechten Krieg gar nicht erst stellen zu müssen.

Grundsätzlich lässt sich die Frage nach einem gerechten Krieg in einem doppelten Sinn verstehen. Sie kann zum einen anzweifeln, dass es überhaupt Gründe gibt, welche die Anwendung von Gewalt – in bestimmten Grenzen – moralisch rechtfertigen können. Zum anderen kann es fraglich sein, ob eben diese Grenzen im Vollzug aktueller Gewalt tatsächlich eingehalten werden oder überhaupt eingehalten werden können. Konkrete Formen von Gewaltanwendung abzulehnen, kann daher aus mindestens drei deutlich verschiedenen Begründungen resultieren:

Erstens, weil man die Anwendung jeglicher Gewalt für eine Handlungsweise hält, die stets im Widerspruch zum eigenen Ethos steht – möglicherweise auch im Widerspruch zu dem, was man als den Willen Gottes aus den biblischen Texten entnimmt. Dieses Nein ist insofern unbedingter Art, als es durch den Verweis auf die Folgen des Gewaltverzichts nicht irritiert werden kann.

Zweitens, weil man zwar Gründe zu nennen vermag, die grundsätzlich die Anwendung von Gewalt rechtfertigen können, jedoch davon überzeugt

ist, dass diese Gründe in einer gegebenen Situation nicht vorliegen. Das Nein wäre hier also nicht Ausdruck eines unbedingten Pazifismus, sondern Ergebnis einer Überprüfung anhand von speziellen Kriterien. Diese fordern zu einer empirisch vermittelten Stellungnahme auf und können grundsätzlich in anderen Fällen auch eine Bejahung von Gewaltanwendung möglich erscheinen lassen.

Drittens, weil man in einer konkreten Situation zwar Gründe anerkennt, die grundsätzlich den Griff zur Gewalt rechtfertigen können, jedoch zugleich bestreitet, dass diese Gewaltanwendung in den ethisch geforderten Grenzen verbleiben wird. Auch hier bedarf es einer sorgfältigen Klärung der empirischen Ausgangslage, vor allem aber einer entsprechenden Aufmerksamkeit für die zu erwartenden Folgen des eigenen Handelns.

Die Rede vom gerechten Krieg ist problematisch

Der herkömmlichen Theorie des gerechten Krieges liegt ein Argumentationstyp zugrunde, der geleitet ist von der Frage nach Rechtfertigungsgründen für Gewaltanwendung und von

derjenigen nach den voraussichtlichen Folgen solchen Handelns. Wer von dieser Argumentationsweise her aktuelle Gewaltanwendung beurteilen will, ist noch keineswegs vorentschieden. Man kann sich auf die Theorie des gerechten Krieges gerade auch dann stützen, wenn man erläutern möchte, warum man aktuelle Gewaltanwendung ablehnt. Die Theorie wollte ursprünglich keine Gewaltanwendung legitimieren. Vielmehr wollte sie den Gebrauch von Gewaltmitteln einschränken, indem sie ein Instrumentarium bereitstellte, das eine differenzierte moralische Beurteilung ermöglichte. Dennoch ist der Rückgriff auf die Theorie des gerechten Krieges aus mindestens zwei Gründen problematisch:

Zum einen beruft man sich nur allzu oft unsachgemäß auf diese Theorie, um sich auf diese Weise gerade solchen Einwänden zu entziehen, die eine moralisch sensible Betrachtung konkreter Gewaltanwendung aufwirft. Offenbar kann man sich der Theorie vom gerechten Krieg auch dann bedienen, wenn man das eigene oder fremde Gewissen zum Schweigen bringen will. Die Geschichte zeigt zur Genüge, auf welcher fatale Weise man mit dem Argument

des gerechten Krieges Schindluder treiben kann und getrieben hat.

Problematisch ist der Rückgriff auf eine solche Argumentation aber auch deswegen, weil man dabei – selbst ohne jede Missbrauchsabsicht – leicht eines übersehen kann: Zwischen der theoretischen Klarheit über die Bedingungen und Grenzen, denen jeder Gewaltgebrauch unterliegen muss, und den Schwierigkeiten, dies in der Praxis einzuhalten, besteht oft eine große Differenz. Eine leidvolle Erfahrung vieler Kriegsbeteiligter lautet: Was als eine beschränkte Auseinandersetzung begann, geriet durch die zunehmende Intensität wechselseitiger Gewaltnwendung und durch das Entfallen von Hemmschwellen irgendwann doch außer Kontrolle – mit dem Ergebnis, dass schließlich Gewalt weit jenseits der gezogenen moralischen Grenzen zum Einsatz kam. Das Wort der deutschen Bischöfe: „Gerechter Friede“ vom September vorigen Jahres weist auf diese Problematik eindringlich hin.

„Ein ethisches Kernproblem jedes bewaffneten Konflikts liegt zudem darin, dass er eine Eigendynamik freisetzen und deshalb nur allzu leicht in einem Übermaß an Gewalteininsatz enden kann. Auch dort, wo man zunächst annimmt, die Bedingungen für eine Kontrolle des Geschehens seien günstig, wird es auf Dauer immer schwieriger, die Regeln des Rechts im Kriege (ius in bello) zu beachten. Die Folgen ihrer Verletzung hat vor allem die Zivilbevölkerung zu erleiden. Der Krieg wird überdies oft als Freiraum genutzt, in dem sich die ‚Lust am Bösen‘ ungestraft austoben kann. Vor dieser gefährlichen Versuchung ist niemand gefeit.“¹

Gewalt birgt ein hohes Risiko

Mit anderen Worten: Wer sich auf Gewalt einlässt, riskiert in einem sehr wörtlichen Sinn, darin umzukommen – auch bei besten eigenen Absichten hinsichtlich der notwendigen Begrenzungen, auch bei ernsthaftem Bemühen um eine umsichtig betriebene Poli-

tik. Auf die Frage: „Gibt es einen gerechten Krieg?“ ist also zu antworten: Bei der Entscheidung für Gewalt geht man stets ein hohes Risiko ein, die dafür geltenden Restriktionen zu verletzen und letztlich an schwerem Unrecht schuldig zu werden. Dies liegt mindestens so sehr an der Eigenart des Handlungsmodus², mit dem man es zu tun hat, wie an den Intentionen und Motiven der verantwortlichen Akteure auf allen Seiten. Deswegen sollte eine Politik der Gewaltprävention dieses hohe Risiko möglichst vermeiden. Das Friedenswort der Bischöfe argumentiert durchgängig von dieser friedensethischen Mahnung aus.



Thomas Hoppe

Professor für katholische Sozialethik an der Universität der Bundeswehr in Hamburg

E-Mail:
thomas.hoppe
@unibw-hamburg.de

Der zitierte Passus aus dem Friedenswort stellt in erster Linie auf die Eskalationsgefahr ab, die der Einsatz militärischer Mittel bedingt. Zu beachten ist jedoch auch die verhängnisvolle Rolle politischer Eskalationen: Indem sich negative Wahrnehmungsmuster und undifferenzierte Interpretationen hinsichtlich der Aktionen und Motive des jeweiligen Gegenübers verfestigen, entsteht eine der entscheidenden Triebkräfte politischer Eskalation.

Keine Ideologie des Kreuzzugs

Eine solche Gefahr droht auch gegenwärtig. Präsident Bush hat früh versucht, dem anfänglich entstandenen Eindruck entgegenzusteuern, als gehe es bei den Militäraktionen um eine Art Kreuzzug der westlichen gegen die muslimische Welt, und sich bemüht, in die angestrebte Anti-Terror-Allianz eine möglichst große Gruppe von Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit einzubeziehen. Dennoch bedarf es verstärkter Anstrengungen, um zu verhindern, dass die militärischen

Auseinandersetzungen zu politisch kontraproduktiven Ergebnissen führen, weil sie einseitig oder gar von beiden Seiten immer mehr als Bestätigung der These vom angeblich unvermeidlichen „Zusammenprall der Kulturen“³ missgedeutet werden – denn vorherrschende Deutungen, nicht unbedingt überprüfbare Fakten, bestimmen häufig den Gang politischer Entscheidungen. Sie schaffen dadurch neue Realitäten, welche die Aussichten auf ein Ende von gewalttätigen Konflikten weiter zu verringern drohen. Gerade angesichts der in jüngster Zeit immer stärker diskutierten Option, die militärischen Aktionen auf weitere Länder der arabisch-muslimischen Welt auszuweiten, ist diese Gefahr nachdrücklich in Erinnerung zu rufen.

Ungerechtigkeit nährt Gewalt

Um so mehr kommt es daher darauf an, eine umfassende politische Strategie gegen den Terrorismus auszuarbeiten. Sie erfordert erstens eine Korrektur falscher Deutungsmuster auch im Westen: Für den Umgang der hiesigen Medien mit den Geschehnissen ist große Sorgfalt, besonders das Bemühen um Differenzierungen, wichtig. Vor allem darf muslimische Glaubensüberzeugung nicht mit kaum eingeschränkter Gewaltbereitschaft gleichgesetzt werden. Die Terroranschläge wurden von vielen Muslimen auf der ganzen Welt, gerade auch von führenden religiösen Autoritäten, entschieden verurteilt. Die radikale Zuspitzung des Dschihad-Konzepts in manchen islamistischen Kreisen wird dadurch nicht weniger problematisch, doch dieses Denken widerspricht den Prinzipien des Islam selbst und wird von der großen Mehrheit der Muslime nicht geteilt.

Hingegen wird es immer wichtiger, den tiefer liegenden Ursachen dafür nachzugehen, dass sich viele Muslime durch das Verhalten des Westens gedemütigt fühlen. Dazu gehört nicht nur die Erinnerung an die unaufgearbeitete Geschichte europäischer Kolonialpo-

litik in muslimischen Ländern. Gewaltbereitschaft gedeiht vielfach dort, wo Menschen in großer Zahl in Armut und im Elend leben, sich enturzelt fühlen, keine Perspektive für ihre Zukunft erkennen und erfahren, dass elementare Persönlichkeitsrechte ständig verletzt werden. Für viele dieser Missstände werden gerade die politisch, ökonomisch und militärisch mächtigen Staaten, insbesondere die USA, als wesentlich mitverantwortlich angesehen; nicht zuletzt, weil deren regional- oder geostrategische Rücksichten häufig zu Allianzen mit Regierungen muslimischer Länder führten, denen das Schicksal ihres Volkes nicht viel bedeutete. Das oft beklagte Ressentiment gegen „den Westen“ beruht daher keineswegs allein, vielleicht nicht einmal primär, auf „kulturellen Ungleichzeitigkeiten“, sondern auf präzise benennbaren politischen und sozialen Defiziten.

Logik der Gewaltminimierung

Eine umfassende politische Strategie gegen den Terrorismus erfordert einen restriktiven Umgang mit Gewalt: Vorrang haben muss eine Logik der Defensivität, des möglichst weit reichenden Schutzes vor terroristischen Anschlägen; allenfalls zielgerichtete, differenzierende und eng umgrenzte Offensivaktionen erscheinen Erfolg versprechend. Zu Recht wurde überdies von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, dass Terrorismus durch ausgedehnte Kampfhandlungen zusätzlich stimuliert werden kann, insbesondere wenn Tod und Zerstörung Unbeteiligte treffen und die angewendete Gewalt unverhältnismäßig wird. Auch Gewalt in Verteidigungsabsicht steht deswegen unter einem strikten Minimierungsgebot. Es muss zudem – in Anbetracht der äußerst prekären humanitären Situation der Flüchtlinge in Afghanistan und seinen Nachbarstaaten – sichergestellt werden, dass Hilfslieferungen so rasch wie möglich und im notwendigen Umfang zu den wirklich der Hilfe Bedürftigen gelangen, statt von den am Boden kämpfenden Parteien

entweder blockiert oder requiriert zu werden.

Für die Zukunft Afghanistans und der umgebenden Region ist ein Konzept notwendig: Für längerfristige Stabilität wie für den Schutz der Menschenrechte der Bevölkerung wäre wenig erreicht worden, wenn es infolge des Zusammenbruchs der Taliban-Herrschaft lediglich bei der faktischen Machtübernahme durch die Nordallianz geblieben wäre. Deren führende Repräsentanten sind für viele der Gräueltaten und Zerstörungen in Afghanistan verantwortlich, die erst während des bald nach dem Abzug der sowjetischen Truppen einsetzenden Bürgerkriegs angerichtet wurden. Die einzige Perspektive liegt in der derzeitigen Übergangsregierung, die sich auf die Respektierung und den Schutz der Menschenrechte verpflichtet hat. Doch scheint es derzeit nur wenige Personen zu geben, die künftig eine Gewähr dafür bieten könnten, dass nicht der bekannte Krieg einzelner Warlords lediglich unter veränderten Bedingungen wieder fortgeführt würde. Es stellt sich deswegen die Frage, ob es zur Absicherung der Entwicklung in Afghanistan notwendig ist, die gegenwärtige internationale Truppenpräsenz erheblich zu verstärken. Eine Stabilisierung der Region ist ferner kaum ohne eine substanzielle politische Entschärfung des Streits um Kaschmir möglich; hier besteht eine besonders große Gefahr, dass dieser Konflikt mit dem Einsatz von Nuklearwaffen ausgetragen werden könnte.

Global Gerechtigkeit schaffen

Eine Strategie zur Bekämpfung der Wurzeln des Terrorismus muss versuchen, die angesprochenen politischen und sozialen Missstände in den Ländern des Südens zu beseitigen – durch eine veränderte, am global verstandenen Gemeinwohl orientierte Politik. Mehr Gerechtigkeit nicht nur in bestehenden Nationalstaaten, sondern auch im Bereich der internationalen Beziehungen kann sich nicht in materieller

Entwicklungshilfe erschöpfen. Es bedarf vielmehr des Bemühens, politische und ökonomische Rahmenbedingungen herbeizuführen, unter denen nachhaltige Entwicklung gelingen kann. Die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen müssen daher auch unter friedenspolitischen Gesichtspunkten analysiert und die Instrumentarien sachgemäßer politischer Steuerung ausgebaut werden. Keinesfalls dürfen diese weiter geschwächt werden. Ohne glaubwürdigere Bemühungen der industrialisierten Länder, Armut und Hunger zu bekämpfen, wird es nicht gelingen, den Sumpf der Gewalt und des Terrorismus auszutrocknen.

Friedensfähige Politik für Israel

Schließlich ist es dringend erforderlich, eine tragfähige Friedenslösung für den immer gefährlicher eskalierenden Konflikt um Palästina zu finden. Dieser Frage darf nicht nur im größeren Rahmen der Suche nach einer möglichst breiten Anti-Terror-Allianz verstärkte Aufmerksamkeit zuteil werden. Dabei wird die Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel immer eine besondere bleiben, unabhängig von Kritik an seiner aktuellen Politik. Einwirkung von außen kann wichtig sein, um beiden Seiten, der israelischen wie der palästinensischen, ein verändertes Verhältnis zur gemeinsamen Geschichte zu vermitteln und die wechselseitige Einfühlungsfähigkeit in das erfahrene Leid des Gegenübers zu stärken – eine wichtige Voraussetzung dafür, gewaltbereiten Extremisten im jeweils eigenen Lager „das Wasser abzugraben“ und Politikkonzepte zu ermöglichen, die friedensfähig sind.

Anmerkungen

1 Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“, Ziffer 151, 29. Juli 2000; hrsg. vom Sekretariat der DBK, Bonn 2000.

2 HUNTINGTON, Samuel: *The Clash of Civilizations*. New York : Simon and Schuster, 1996.